Cyber-Abwehr: Schweiz vor Mrd.-Investition

Ein Armeeauftrag von 1,8 Milliarden Franken wird demnächst ausgeschrieben

VON **OTHMAR VON MATT**

Die Projekte seien für die Sicherheit der Schweiz «von grösster Bedeutung», hatte Verteidigungsminister Ueli Maurer stets betont. Und zwar gerade im Zusammenhang mit der Cyber-Abwehr. Maurer meint damit die krisenresistente Infrastruktur in Informations- und Kommunikationstechnik (ITK), die der Bund bis 2026 plant. Sie bekommt nach den Cyber-Attacken auf TV5-Monde zusätzliche Bedeutung.

3,3 Milliarden kostet sie – und sie besteht aus drei Rechenzentren (900 Millionen), dem Führungsnetz Schweiz (600 Millionen) und der Telekommunikation der Armee (1,8 Milliarden). Das Führungsnetz soll im Endausbau eine Länge von 3000 Kilometern haben und rund 300 Standorte umfassen. Mit der Telekommunikation will die Armee ein eigenes, gesichertes Telekommunikationsnetz aufbauen. Damit sollen Sprache und Daten vom Führungsnetz Schweiz aus auf die mobilen Elemente der Armee transportiert werden können.

Der grösste Brocken – die Telekommunikation der Armee für 1,8 Milliarden – wird demnächst ausgeschrieben. In einem Brief vom 27. Februar «an unsere bisherigen und künftigen Partner und Lieferanten» schreibt Armasuisse, das Projekt habe zum Ziel, eine einheitliche Übertragungsplattform zu realisieren. Sie soll den Nutzern eine durchgängige, lage- und bedarfsgerechte Daten- und Sprachübertragung in der Mobilität ermöglichen. 2015 werde Armasuisse einen Generalplaner auswählen. «Dieser wird uns ab Herbst 2015 einerseits in der weiteren Planung der Übertragungsplattform unterstützen», steht weiter im Brief. «Andererseits wird er während der späteren Umsetzungsphasen sicherstellen, dass alle gelieferten Systeme gemeinsam im Sinne einer Plattform funktionieren.»

Die Ausschreibung für den gesuchten Generalplaner über das gesamte Telekommunikations-Projekt dürfte im April verfolgen. Die eigentlichen Systeme und Komponenten sollen dann in drei Paketen und von drei weiteren Generalunternehmern ab 2016, 2020 und 2022 realisiert werden.

«Die Ausschreibung für das Arbeitspaket des Generalplaners für das gesamte Projekt ‹Telekommunikation der Armee› ist noch nicht erfolgt», sagt Kaj-Gunnar Sievert, Leiter Kommunikation von Armasuisse. An der Ausschreibung könne sich jede Firma beteiligen. Wegen der Komplexität seien die Anforderungen aber entsprechend hoch, und der Generalplaner müsse die zum heutigen Zeitpunkt eingeführten Systeme und deren Architekturen gut kennen.

ABGESEHEN VON DEN PLÄNEN zur krisenresistenten ITK-Infrastruktur sieht man beim Bund nach den Cyber-Angriffen auf TV5-Monde keinen besonderen Handlungsbedarf. Die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) sei daran, «weitere Informationen zu beschaffen», sagt Max Klaus, stellvertretender Leiter von Melani. «Wir gehen im Augenblick nicht davon aus, dass die Bundesverwaltung einer erhöhten Gefahr ausgesetzt ist.» Trotzdem beobachte Melani den Vorfall intensiv und werde je nach Ergebnis der Auswertung «unter Umständen weitere Sicherheitsmassnahmen» ergreifen. Aus Sicherheitsgründen will Klaus zu möglichen Massnahmen aber nichts sagen.

Dass der Sender nach dem Angriff, der vermutlich von Algerien aus gesteuert wurde, über mehrere Stunden hinweg keine Sendungen mehr ausstrahlen konnte, beunruhigt allerdings auch die Fachleute von Melani. Für eine solche Attacke sei «sehr grosses Know-how gefragt», sagt Klaus. «Deshalb kann man davon ausgehen, dass hier eine Gruppierung mit grossem Wissen am Werk war.» In einem ähnlichen Umfeld sieht er Angriffe auf sogenannte Scada-Systeme, Industriesteuerungsanlagen. Dafür benötige es ebenfalls «sehr viel Fachwissen».

Klaus stellt den Betreibern kritischer Infrastrukturen in der Schweiz aber ein gutes Zeugnis aus. «Wir konnten uns bei verschiedensten Betreibern in der Schweiz persönlich vor Ort überzeugen», sagt er, «dass die entsprechenden Sicherheitsmassnahmen sehr hoch sind.»

Obama und Raúl Castro reichen sich die Hand

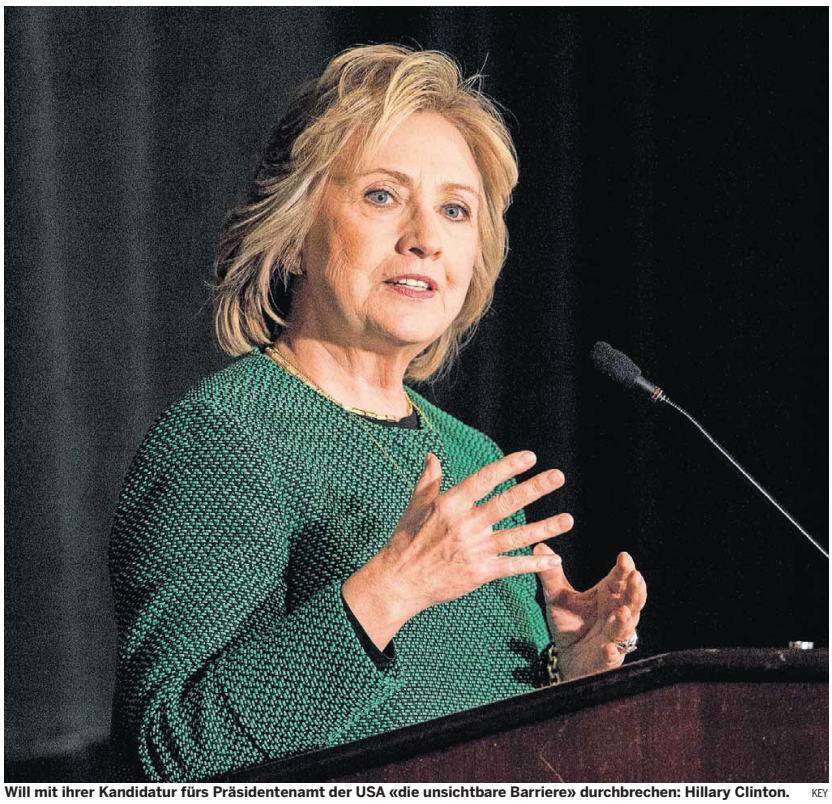
Die USA und Kuba leiten eine diplomatische Annäherung ein

US-PRÄSIDENT Barack Obama und Kubas Staatschef Raúl Castro haben sich am Amerika-Gipfel in Panama die Hand gereicht. Das Bild dieser Geste ging um die Welt als Symbol für das Ende einer jahrzehntelangen Ära von Feindseligkeit und Abgrenzung. Gestern trafen sich Castro und Obama zu einem Gespräch, um die geplante Normalisierung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern in die Wege leiten.

Diplomatische Beziehungen sollen wieder aufgenommen und Botschaften eröffnet werden. Das US-Embargo gegen den Inselstaat soll aufgehoben werden. Beobachter spekulieren zudem, dass die USA Kuba von der Terrorliste streichen. Eine entsprechende Ankündigung könnte noch in Panama geschehen.

Sowohl Obama als auch Castro hatten sich optimistisch zur Annäherung geäussert. Obama sprach von einem Wendepunkt für die gesamte amerikanische Region. «Die Tatsache, dass Präsident Castro und ich beide heute hier sind, bedeutet eine historische Gelegenheit», sagte er. Die USA und Kuba unterhalten seit über 50 Jahren keine diplomatischen Beziehungen. Kuba steht seit Jahrzehnten unter massiven Sanktionen, mit denen die USA das sozialistische Regime schwächten. (FB)

Bild für die Geschichte: Raúl Castro und Barack Obama. KEYSTONE



Will mit ihrer Kandidatur fürs Präsidentenamt der USA «die unsichtbare Barriere» durchbrechen: Hillary Clinton. KEY

Land der begrenzten Möglichkeiten – für Frauen

In den USA sind Politikerinnen noch immer massiv untervertreten. Hillary Clinton ist die Ausnahme. Heute lanciert die Demokratin per Video ihre Präsidentschaftskandidatur

VON **RENZO RUF AUS WASHINGTON**

Als Hillary Clinton am 7. Juni 2008 ihren Traum zu Grabe trug, für die Demokraten in den Präsidentschaftswahlkampf zu ziehen, sagte sie vor Tausenden von Anhängerinnen: Es sei ihr nicht gelungen, die «unsichtbare Barriere» zu durchbrechen, die Frauen seit Jahren am beruflichen Aufstieg hindere – aber immerhin habe diese nun «18 Millionen Bruchstellen», eine Anspielung auf die Zahl der Stimmen, die sie im langen, hart geführten Vorwahlkampf gewonnen hatte. Im Publikum trug eine Frau einen Ansteckknopf mit der Aufschrift: «Hillary soll Päpstin werden.»

Es war dies ein seltener Moment, in dem Clinton auf die historische Rolle einging, die sie in der amerikanischen Politik spielt: als erste Politikerin, die sich um die Nomination zur Präsidentschaftskandidatin einer Grosspartei bewarb und Siegeschancen besass. Mit einen Grund für die Niederlage, die Clinton vor sieben Jahren im Vorwahlkampf gegen Barack Obama erlitt, mag just gespielt haben, dass sie sich nicht als Wegbereiterin präsentieren wollte – aus Angst, vom politischen Gegner als Angehörige des «schwachen Geschlechts» verhöhnt zu werden. Amerika wolle keine «First Mama» im Weissen Haus, sagte damals ein Berater, sondern jemanden, der aus hartem Holz geschnitzt sei.

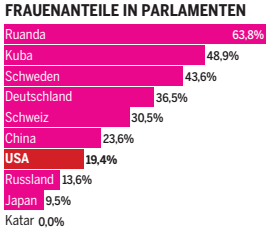
AUS FEHLERN LERNT MAN. Deshalb wird Clinton (67), wenn sie heute Sonntag mit einer Videobotschaft ihre zweite Bewerbung ankündigt, häufiger erwähnen, dass sie nicht nur Politikerin, sondern auch Mutter und Grossmutter ist. So schrieb sie im Nachwort zur Taschenbuchausgabe ihrer Memoiren «Entscheidungen», die Ende Monat auf Englisch erscheint, wie viel Freude es ihr bereite, mit ihrem Grosskind Charlotte zu spielen.

Offen ist, ob diese Kurskorrektur in den USA auf Anklang stossen wird. Denn die grösste westliche Industrienation ist für weibliche Politiker ein hartes Pflaster – obwohl sämtliche Amerikanerinnen seit der Ratifizierung des 19. Verfassungszusatzes im Jahr 1920 das aktive Wahlrecht besitzen.

Politikerinnen sind besonders in Washington stark untervertreten. 19,4 Prozent der 535 Volksvertreter im nationalen Parlament sind Frauen. Damit rangieren die USA im Quervergleich der Interparlamentarischen Union im Mittelfeld, auf Rang 79 unter 143 demokratischen Ländern. Zum Vergleich: Die Schweiz befindet sich auf Rang 34, dank einem Frauenanteil von 30,5 Prozent im Nationalrat und 19,6 Prozent im Ständerat.

Von den 84 Frauen im US-Repräsentantenhaus sind 62 Demokratinnen und 22 Republikanerinnen. Ähnlich sieht das Kräfteverhältnis im Senat aus: Dort politisieren 14 weibliche Demokraten und 6 weibliche Republikaner.

FRAUENANTEILE IN PARLAMENTEN



QUELLE: IPV GRAFIK: SCHWEIZ AM SONNTAG/BAR

Debbie Walsh sagt angesichts solcher Zahlen: «Frauen haben in der amerikanischen Politik einen schweren Stand.» Die Politikwissenschafterin muss es wissen. Sie ist Direktorin des Forschungsinstituts Center for American Women and Politics an der Rutgers University, New Jersey. Sie nennt das Wahlsystem, den fehlenden Einfluss der Grossparteien auf die Kandidatenauswahl und die Listengestaltung sowie die Rolle, die Amerikanerinnen in der Gesellschaft spielten. «Frauen», sagt Walsh zusammenfassend, «sind häufig themengesteuert und müssten gefragt werden, damit sie in die Politik einstiegen.» Männer hingegen stellten sich zur Wahl, weil sie Lust hätten, sich politisch zu engagieren.

INTERESSANT DARAN IST, dass sich bei nationalen Wahlen seit Jahren mehr Frauen als Männer beteiligen. 2012, als Präsident Obama eine zweite Amtszeit gewann, strömten gemäss der Volkszählungsbehörde 71,4 Millionen Frauen und 61,6 Millionen Männer an die Wahlurnen. Debbie Walsh weist aber darauf hin, dass US-Wählerinnen nicht automatisch die weiblichen Kandidatinnen bevorzugten. Vielmehr sind es ideologische Beweggründe, die den Ausschlag über den Wahlentscheid geben. Das heisst: Selbst wenn ein demokratischer Mann einer republikanischen Frau gegenübersteht, zieht die Mehrheit der Wählerinnen den Demokraten der Republikanerin vor.

EINIGE WEGBEREITERINNEN IN DER US-POLITIK

Victoria Woodhull war im Jahr 1872 die erste Frau, die sich um die amerikanische Präsidentschaft bewarb. Die Suffragette trat für die «Equal Rights Party» an, und noch heute streiten sich Historiker darüber, ob die reiche Aktivistin überhaupt Stimmen erhielt. Indizien deuten darauf hin. Es dauerte fast ein Jahrhundert, bis sich mit Senatorin **Margaret Chase Smith** erstmals eine Frau um die Präsidentschaftskandidatur einer der beiden Grossparteien bewarb. Die Republikanerin Smith gewann im Jahr 1964 in den Vorwahlen 27 von 1308 Parteitagsdelegierten.

Die erste Demokratin, die sich um das höchste Staatsamt bewarb, war die New Yorker Parlamentsabgeordnete **Shirley Chisholm.** Sie war 1972 am Parteitag mit 152 von 3016 Delegierten vertreten. Das war bis Clintons Kandidatur im Jahr 2008 das beste Ergebnis einer Frau.